

NIEDERSCHRIFT Rat/0028/2018

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 17.05.2018 im Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Herr Werner Wiesmann
Frau Sarah Bosse
Herr Dieter Brall
Herr Winfried Heymanns
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Hans-Günther Wilkens

Herr Frank Wieland
Herr Helmut Geuking

ab Verlauf zu TOP
5. ö. S.

Entschuldigt fehlen:

Frau Heike Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Frau Birgit Schulze Wierling
Frau Margarete Köhler

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Frau Sandra Niemann
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:40 Uhr

Frau Dirks weist darauf hin, dass es im Vorfeld der Ratssitzung Probleme beim digitalen Zugriff auf Mandatos und zum Ratsinformationssystem gegeben habe. Die Betroffenen konnten zeitweise hierauf nicht zugreifen. Diese hätten mittlerweile eine Informations-Mail bekommen. Lt. Aussage der Kommunalaufsicht habe das aber keine Auswirkung auf die Rechtswirksamkeit der Ladungsfrist zur heutigen Sitzung, so dass heute rechtswirksame Beschlüsse gefasst werden können. Künftig werde per E-Mail informiert, wenn es technische Probleme gebe. Außerdem werde denjenigen, die digital arbeiten, zukünftig zeitgleich mit dem Versand der schriftlichen Einladung eine Einladung als PDF-Datei zugeleitet.

Frau Dirks stellt dann fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gibt nichts zu berichten.

2. Entwurf des Jahresabschlusses 2017 der Stadt Billerbeck

Auf Vorschlag von Herrn Tauber erfolgt die Zuleitung des Jahresabschlusses, falls gewünscht, nur noch in digitaler Form.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2017 einschließlich Anlagen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet, sobald der Entwurf von der Kämmerin aufgestellt und durch die Bürgermeisterin bestätigt wurde. Den Ratsmitgliedern wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2017 auf Wunsch in digitaler Form und den anderen auf dem Postweg zugeleitet.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Beratung zum Organisationsgutachten

Frau Dirks weist darauf hin, dass lt. Vorberatung zu jedem Punkt noch eine Sitzungsvorlage erstellt werde, über die dann zu beraten und beschließen sei.

Die Ratsmitglieder nehmen die Verwaltungsempfehlungen zur Kenntnis.

4. Vorlage eines Wasserversorgungskonzeptes nach § 38 Abs. 3 LWG NRW

Herr Flüchter weist darauf hin, dass in dem Wasserversorgungskonzept die Eigenwasserversorgung zwar erwähnt, aber qualitativ nicht aufgearbeitet werde. Nach seiner Ansicht gehöre das dazu.

Herr Schlieker ergänzt, dass er Informationen über die Qualität des Trinkwassers aus Eigenwasserversorgungsanlagen haben wolle. Entsprechende Unterlagen müssten dem Kreis vorliegen, da die Eigenwasserversorgungsanlagen jährlich vom Gesundheitsamt kontrolliert würden.

Frau Dirks sagt zu, beim Kreis nachzufragen, ob die Daten zur Verfügung gestellt werden können. Sie werde berichten und ggf. einen Tagesordnungspunkt für den Fachausschuss vorsehen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Das vorliegende Wasserversorgungskonzept wird gem. § 38 Abs. 3 LWG RW der Bezirksregierung Münster als zuständiger Behörde vorgelegt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 19.10.2017 hier: Umbenennung der Karl-Wagenfeld-Straße

Herr Geuking bringt sein Befremden darüber zum Ausdruck, dass bei insgesamt rd. 12.000 Einwohnern Billerbecks 42 Bürger nach einer Befragung durch eine Anwohnerin ohne Hintergrundinformationen darüber entscheiden, ob ein Straßename, der belastet ist und der die Stadt im Außenbild massiv beschädigt, beibehalten wird. Er halte es für wichtig, dass gerade auch in kleinen Gemeinden ein Zeichen gesetzt und solche belasteten Straßennamen umgewidmet werden. Der Straßename sei auch ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die sich in der Suwelack-Stiftung engagieren, zumal die Straße direkt zum Jüdischen Friedhof führe. Das sei ein Skandal. Er appelliere an das Gewissen aller Ratsmitglieder.

Herr Schlieker kann sich dieser Meinung anschließen. Straßennamen seien Aushängeschilder für Städte. Er könne die Anwohner zwar verstehen, dass sie aufgrund der damit zusammenhängenden Probleme oder Kosten keine Umwidmung möchten, aber es gehe um das Außenbild einer Stadt. Er habe bereits 2012 gesagt, dass es Billerbeck nicht gut zu Gesicht stehe, eine solche Straße zu haben.

Frau Rawe schließt sich ihren Vorrednern an. Sie hätte sich eine andere Informationspolitik seitens der Stadt gewünscht. Es sei nicht schön, dass man es auf eine Umfrage der Anwohner beruhen lasse. Die Verwaltung habe eine andere Verpflichtung hierauf einzugehen.

Frau Dirks weist den Vorwurf zurück. Sie habe mit vielen Anliegern gesprochen und einige hätten ihr gesagt, dass es ein Zusatzschild gebe und

man zu dem Straßennamen jetzt auch stehen müsse. Die Anlieger hätten sich nicht nur aufgrund der Kosten gegen eine Umwidmung entschieden.

Herr Geuking weist darauf hin, dass den Anliegern im Grunde keine Kosten entstünden und sie 10 Jahre lang noch die Post an die alte Adresse bekämen. Außerdem wohnten in der Straße keine Geschäftsleute. Vermutlich sei das Zusatzschild teurer als ein neues Straßennamensschild. Dieser Straßename gehöre nicht nach Billerbeck.

Herr Wilkens erklärt, dass er sich bei der Stimmabgabe enthalten werde. Er persönlich könne sich nicht über den Willen der Anlieger hinwegsetzen. Sicher werde man einen Anlass finden ein Zeichen zu setzen in der heutigen Zeit, aber hierfür benötige man die Unterstützung und Kommunikation mit den Anliegern.

Herr Walbaum betont, dass der Bürgerwille sehr klar sei und man sich nicht hierüber hinwegsetzen sollte.

Beschluss:

Dem Wunsch der Anwohner der Karl-Wagenfeld-Straße wird entsprochen. Die Karl-Wagenfeld-Straße wird nicht umbenannt.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

6. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses

hier: Durchführung eines nicht offenen Architektenwettbewerbs

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Für die Neuplanung des Feuerwehrgerätehauses wird ein nichtoffener Architektenwettbewerb nach der RPW 2013 (Richtlinie für Planungswettbewerbe) durchgeführt.
2. Das Raumprogramm für das Feuerwehrgerätehaus wird zur Kenntnis genommen und als Grundlage für die Auslobung verwendet.
3. Folgende Kriterien werden für die Bewertung der Wettbewerbsbeiträge herangezogen:
 - a. Programmerfüllung in Bezug auf Umsetzung der Konzeption, des Raumprogramms und der geforderten Wettbewerbsleistung
 - b. Städtebauliche und architektonische Qualität der Planung
 - c. Erschließung, Funktion, Nutzung
 - d. Realisierbarkeit, Wirtschaftlichkeit
 - e. Durchführbarkeit (bauordnungsrechtlich und organisatorisch)
 - f. Berücksichtigung ökologischer Aspekte und Nachhaltigkeit
 Die Kriterien stehen gleichberechtigt nebeneinander.
4. Die Zusammensetzung des Preisgerichtes wird, wie in der Sitzungsvorlage ausgeführt, beschlossen.
5. Die Preisträger des Wettbewerbes werden zur Teilnahme an einem Vergabeverfahren zur Beauftragung der Architektenleistungen ent-

sprechend der Vergabeverordnung aufgefordert.

6. Der Terminplan für die Durchführung des Architektenwettbewerbs und für das anschließende Vergabeverfahren wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Sanierung, Erweiterung und ggf. Neubau der Einsegnungshalle- bzw. Leichenhalle auf dem alten Friedhof

Herr Lennertz wünscht sich eine zeitnahe Umsetzung der Schaffung von zeitgemäßen Abschiedsräumen und erkundigt sich nach dem Zeitplan.

Frau Dirks führt aus, dass der Kontakt mit privaten Investoren nun intensiviert werde. Zudem werde geprüft, ob ein Ausschreibungsverfahren in die Wege geleitet werden müsse. Ihr sei ebenfalls an einer zügigen Umsetzung gelegen.

Frau Mollenhauer unterstreicht, dass der Fraktionsantrag bereits 2 ½ Jahre alt und bis jetzt wenig passiert sei. Nun laute der Beschlussvorschlag, dass der Bau von zeitgemäßen Abschiedsräumen „angestrebt“ werden soll. Sie appelliere an die Verwaltung, zügig für eine Verbesserung zu sorgen.

Herr Tauber verdeutlicht, dass aufgrund der Auswirkungen auf die Gebühren ein Neubau nicht in Frage gekommen wäre. Insofern sei er froh, dass nun zeitgemäße Abschiedsräume geschaffen werden sollen. Auch andere Kommunen gingen den Weg mit privaten Investoren.

Herr Flüchter stellt fest, dass unabhängig vom zeitlichen Verlauf doch ein gutes Ergebnis erzielt wurde. Dass ein Neubau nicht zu stemmen sei, sei klar gewesen.

Herr Lennertz schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages dahingehend vor, dass die weiteren Schritte in einem gesonderten Tagesordnungspunkt in einer Sitzung des Fachausschusses vorgestellt werden.

Beschluss:

Auf die Errichtung einer neuen Einsegnungshalle auf dem Alten Friedhof wird verzichtet. Anzustreben ist der Bau von zeitgemäßen Abschiedsräumen einschl. Kühlung an geeigneter Stelle, vorrangig als private Investition.

Über die Angelegenheit ist in der nächsten Fachausschusssitzung zu beraten.

Stimmabgabe: einstimmig

8. Neugestaltung eines barrierefreien Übergangs zwischen dem Rathausparkplatz und dem Parkplatz des Edeka

Frau Dirks teilt ergänzend mit, dass zwischenzeitlich der Termin mit der

Bezirksregierung stattgefunden habe und seitens der Bezirksregierung keine Einwände gegen die Umsetzung der Maßnahme im Rahmen des Förderbescheides aus dem Jahr 2015 erhoben werden.

Beschluss:

Die von Herrn Köhlmos in Vertretung von Frau Prof. Lohaus vorgestellte Entwurfsplanung wird beschlossen. Die weiteren Planungsschritte sind durchzuführen. Sofern der Mietvertrag über die Ansiedlung eines Drogeriemarktes geschlossen wird, wird auch die städt. Maßnahme in Abstimmung mit den Maßnahmen im Zuge der Ansiedlung des Drogeriemarktes zügig umgesetzt. Die Verwendung der bewilligten Mittel für die geänderte Planung ist abzuklären.

Stimmabgabe: einstimmig

9. 4. Änderung des Bebauungsplanes "Friethöfer Kamp" hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung der Beteiligungsverfahren

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Gewerbegebiet Friethöfer Kamp“ umfasst, wird die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Friethöfer Kamp“ beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 24, Flurstücke 301, 333, 422 und 537.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
4. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
5. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Friethöfer Kamp“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
6. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Ertüchtigung von Teilstrecken der 100-Schlösser-Route

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Ausbau der im Sachverhalt genann-

ten Teilstücke der 100-Schlösser-Route Förderanträge zu stellen und den Ausbau vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

**11. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW vom 24.04.2018
hier: Dokumentation des Abstimmungsverhaltens im Rat und den Ausschüssen der Stadt Billerbeck**

Herr Wieland erläutert und begründet die Anregung.

Herr Lennertz schlägt Verweisung in den Ausschuss vor.

Herr Messing weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung angepasst werden müsse, falls der Anregung gefolgt werde.

Herr Tauber unterstützt die Anregung von Herrn Wieland. Transparenz in Zeiten von Politikverdrossenheit sei für ihn ein wichtiges Stichwort. Nach seiner Auffassung sollte die Verwaltung für den HFA bereits eine Änderung der Geschäftsordnung vorbereiten.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Bürgeranregung vom 24.04.2018 wird an den HFA verwiesen.
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung der Geschäftsordnung im Sinne der Bürgeranregung vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Mitteilungen

12.1. Freigabe der Fußgängerzone f. d. Fahrradverkehr - Frau Dirks

Zum Hinweis von Herrn Walbaum, dass im Zusammenhang mit der Freigabe der Fußgängerzone für den Fahrradverkehr die Zusatzzeichen „ausgenommen an Markttagen“ und „Schritttempo fahren“ am Eingang der Fußgängerzone aufgestellt werden sollten, stellt Frau Dirks richtig, dass beschlossen worden sei, die Aufstellung dieser Zusatzzeichen mit der Straßenverkehrsbehörde abzustimmen und ggf. anzubringen.

Die Straßenverkehrsbehörde wolle aber keine Zusatzzeichen anordnen, da der Grundsatz gelte, möglichst wenig Beschilderungen vorzunehmen. Schon die Straßenverkehrsordnung schreibe vor, dass man sich rücksichtsvoll verhalten müsse und an Markttagen wegen der Hindernisse nicht mit dem Rad gefahren wird. Zu Schritttempo seien Radfahrer immer verpflichtet, wenn sie an Fußgängern vorbei fahren.

Als Kompromiss habe man sich dann darauf geeinigt, zumindest einen Hinweis auf den Markttag zu geben, damit Radfahrer wissen, wann sie nicht fahren können.

Eine Evaluierung werde noch vorgenommen und das Ergebnis im Stadt-

entwicklungs- und Bauausschuss vorgestellt. Nach einer ersten Besprechung mit Vertretern der Polizei liege bislang aber nichts vor.

12.2. Bürgerbeteiligung Innenstadtumbau - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass die nächste Bürgerversammlung zum Innenstadtumbau am 5. Juni 2018, 19:00 Uhr in der Mensa der Gemeinschaftsschule stattfindet.

12.3. Rückbau von Parkplätzen Bahnhofstraße - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Flüchter, dass der Parkplatz gegenüber der Sparkasse zurückgebaut werden sollte, da der Wurzelbereich der Bäume durch parkende PKW hochgradig verdichtet werde. Hierzu teilt er mit, dass die Grünfläche zwischenzeitlich mit Leitpfosten gesichert worden sei, so dass der Bereich nicht mehr befahren werden könne.

12.4. Zugang Behindertentoilette Zweifachturnhalle - Herr Messing

Herr Messing beantwortet eine Anfrage von Herrn Heymanns aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am 15.02.2018 bzgl. des Zugangs zur Behindertentoilette an der Zweifachturnhalle. Herr Heymanns weist darauf hin, dass die Praktikabilität von Mitgliedern der Koronargruppe inzwischen getestet und für gut befunden wurde.

12.5. Schotterweg hinter der Zweifachturnhalle - Herr Messing

Herr Messing teilt zur Anfrage von Herrn Heymanns, warum der Sandweg hinter der Zweifachturnhalle zum Schulhof geschottert wurde mit, dass der Weg zur Verbesserung der Logistik verbreitert worden sei. Bei Veranstaltungen könne so das Material möglichst nah zum Eingang der Turnhalle befördert werden.

12.6. Lose Pflastersteine in der Zufahrt zur Sparkasse - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf einen Hinweis von Herrn Rose, wonach im Bereich der Zufahrt zum Sparkassenparkplatz von der Bahnhofstraße aus das Pflaster klappere und teilt hierzu mit, dass die Sparkasse einen entsprechenden Auftrag erteilt habe, der aber noch nicht umgesetzt wurde. Eine Unfallgefahr bestehe nicht. Er hoffe, dass die Schäden bis zum Ende des Monats behoben werden.

12.7. Kriminalstatistik - Frau Dirks

In Beantwortung der Anfrage von Frau Mollenhauer zur Kriminalstatistik führt Frau Dirks aus, dass die Kriminalstatistik am 25.04.2018 in der Sitzung der Regionalkonferenz der Kreispolizeibehörde Coesfeld erläutert wurde. Dabei sei verdeutlicht worden, dass es einen ganz geringen An-

stieg bei den Straftaten in der Stadt Billerbeck von 530 (2016) auf 544 (2017) gegeben habe. Des Weiteren sei aber auch die sehr gute Aufklärungsquote hervorgehoben worden.

Ein enormer Anstieg sei bei den Körperverletzungen zu verzeichnen (von 49 auf 69). Wenn man sich aber die entsprechende Aufklärungsquote dazu ansehe (92,75%) könne man daraus schließen, dass sich in fast allen Fällen Täter und Opfer kannten (die Aufklärungsquote wäre sonst nicht so hoch). 64 von 69 Taten konnten aufgeklärt werden, wobei sich die Straftaten auf nur ca. 10 Personen bezögen !

Im Bereich Diebstahl habe es einen deutlichen Rückgang gegeben. Vor allem im Bereich der Fahrraddiebstähle konnte ein guter Erfolg erzielt werden.

Zusammenfassend habe die Kreispolizeibehörde mitgeteilt, dass sich in Billerbeck jeder sicher fühlen könne und keine Angst haben müsse, Opfer einer Straftat zu werden.

12.8. Schild im Einfahrtsbereich zum Sportzentrum - Herr Messing

Herr Messing führt zum Hinweis von Herrn Groll auf ein Schild mit einer Tonnagenbegrenzung auf 2,8 t im Einfahrtsbereich zum Sportplatz aus, dass das Schild demontiert werde. Das Schild stamme, wie schon vermutet, aus der Zeit als der Asphalt aufgebracht wurde. Es habe eine schadhafte Stelle gegeben, die der Unternehmer ausbessern musste. Für die Zwischenzeit und um weitere Schäden zu vermeiden, sei das Schild mit der Tonnagenbeschränkung auf 2,8 t aufgestellt worden. Anschließend sei vergessen worden, das Schild wieder zu entfernen.

13. Anfragen

13.1. E-Bikes und freilaufende Hunde auf dem Berkelweg - Herr Lennertz

Herr Lennertz erkundigt sich, ob die Verwaltung angesichts schneller E-Bike-Fahrer und freilaufender Hunde auf dem Berkelweg präventive Maßnahmen ergreifen könne. Hier fehle häufig die gegenseitige Rücksichtnahme.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, sich um die freilaufenden Hunde zu kümmern; hinsichtlich der zu schnellen E-Bike-Fahrer sei man bereits mit der Polizei im Gespräch.

13.2. Radwegzeichen - Frau Bosse

Frau Bosse weist darauf hin, dass das rote Symbol auf dem Radwegzeichen vor ihrem Haus nicht mehr zu erkennen sei.

Frau Dirks sagt zu, dass das Schild ausgetauscht wird.

13.3. Räume für die VHS - Frau Bosse

Frau Bosse erkundigt sich beziehend auf die im Schul- und Sportausschuss vorgestellte Schulraumanalyse, ob es eine Anfrage der VHS auf Zuweisung fester Räume in den Schulen gebe. Die VHS beabsichtige, dort Multimediawände zu installieren.

Das wird von Frau Dirks verneint. Bislang sei die VHS untergebracht. Im Zusammenhang mit dem noch zu erstellenden Raumkonzept für den Teilstandort der Gesamtschule und der auslaufenden Gemeinschaftsschule werde der Raumbedarf der VHS und der Musikschule berücksichtigt.

13.4. Unterstand für die Badeaufsicht - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer moniert, dass die Verwaltung 6 Monate Zeit gehabt habe und trotzdem noch keine Verbesserungen am Unterstand für die Badeaufsicht im Freibad erfolgt seien.

Die Seiten würden geschlossen, so Frau Dirks. Sie werde sich erkundigen, warum das noch nicht passiert sei.

13.5. Eingangstüren zum neuen Friedhof - Herr Flüchter

Herr Flüchter führt aus, dass an den Eingangstüren zum neuen Friedhof der Hinweis angebracht sei, dass die Tür zu schließen sei. Ältere Personen müssten umständlich mit ihrem Rollator rangieren, um die Tür wieder zuzubekommen. Er fragt nach, ob die Tür evtl. dauerhaft geöffnet bzw. festgestellt werden könne oder die Tür vielleicht komplett entfernt werden könne.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis aufzugreifen und im Ausschuss über Lösungsmöglichkeiten zu berichten.

13.6. Naturnahe Entwicklung Berkelquelle - Herr Flüchter

Herr Flüchter verweist auf den bereits in 2016 gefassten Beschluss, dass die Verwaltung im Zusammenhang mit der naturnahen Entwicklung der Berkelquelle und dem in diesem Zusammenhang durchgeführten Tracerversuch, zeitnah Gespräche mit der Landwirtschaftskammer und der Bezirksregierung aufnehmen soll, um den Nährstoffeintrag des unterirdischen Einzugsgebietes der Berkelquelle nachhaltig zu verringern. Herr Flüchter erkundigt sich nach dem Stand der Gespräche.

Sie wisse, dass Gespräche geführt wurden, so Frau Dirks. Über das Ergebnis müsse Herr Hein im Fachausschuss berichten.

13.7. Gefahrensituation für Radfahrer im Bereich Autohaus Krause/Baumberge Stift - Herr Heymanns

Herr Heymanns fragt an, warum der Radweg an der Darfelder Straße im Bereich Autohaus Krause nicht rot markiert werde. Wenn dort Autos ab-

geladen würden, könne der Radweg nicht befahren werden. Wenn zudem auf der gegenüberliegenden Seite vor dem Baumberge Stift noch geparkt werde, komme es zu gefährlichen Situationen. Noch gefährlicher werde es, wenn die Bahnschranken geschlossen seien.

Herr Messing berichtet, dass vor dem Baumberge Stift ein absolutes Halteverbot eingerichtet werde, sobald die Anordnung der Straßenverkehrsaufsicht vorliege.

Vor dem Autohaus Krause dürfe auf dem ausgewiesenen Radweg nicht geparkt werden.

13.8. Eingangstüren zum Friedhof - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Tore sehr schlecht und manchmal gar nicht schließen würden. Hier wäre vielleicht ein wenig Öl hilfreich.

13.9. Beschilderung an der neuen Umgehungsstraße Nottuln - Herr Walbaum

Herr Walbaum weist darauf hin, dass er an der neuen Umgehungsstraße Nottuln noch Schilder vermisse, die auf Billerbeck hinweisen.

Ihm sei bekannt, so Herr Messing, dass die Beschilderungsmaßnahmen noch nicht komplett abgeschlossen seien. Er werde prüfen, ob Billerbeck ausgeschildert werde.

14. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Keine

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin